



## 12.478 n Pa.Iv. Gmür. Einführung eines Pflichtpfands für Getränkedosen und Getränkeflaschen

---

### Bericht der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie vom 12. Februar 2013

---

Die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrates hat an ihrer Sitzung vom 12. Februar 2013 die von Nationalrat Alois Gmür am 27. September 2012 eingereichte parlamentarische Initiative vorgeprüft.

Die Initiative verlangt die Schaffung von Rechtsgrundlagen für die Erhebung eines Pfands auf alle Getränkeflaschen und Getränkedosen.

#### Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt mit 16 gegen 8 Stimmen und einer Enthaltung, der Initiative keine Folge zu geben.

Eine Minderheit (Girod, Badran Jacqueline, Chopard-Acklin, John-Calame, Nordmann, Nussbaumer, Semadeni) beantragt, der Initiative Folge zu geben.

Berichterstattung: Wasserfallen (d), Parmelin (f)

Im Namen der Kommission  
Der Präsident: Eric Nussbaumer

#### [1. Text und Begründung](#)

##### [1. 1. Text](#)

##### [1. 2. Begründung](#)

##### [2. Erwägungen der Kommission](#)

### 1. Text und Begründung

#### 1. 1. Text

Gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung und Artikel 107 des Parlamentsgesetzes reiche ich folgende parlamentarische Initiative ein:  
Die Bundesversammlung soll die Rechtsgrundlagen schaffen, damit auf allen Getränkeflaschen und Getränkedosen ein Pfand erhoben wird.

#### 1. 2. Begründung

Das Littering ist heute ein grosses Problem und ein Ärgernis. Getränkedosen und

Getränkeflaschen werden auf Plätzen, Strassen und an Strassenrändern liegengelassen. Ein Pfand gibt den Getränkedosen und Getränkeflaschen einen Wert, sodass es sich lohnt, diese Behältnisse zu sammeln und in die Verkaufsstellen zurückzubringen. Ein Pfand vermindert das Littering und die Abfallmenge. Es fördert einerseits die Mehrwegflasche und erhöht andererseits die Recyclingquote. Es wirkt ressourcensparend und hemmt die Klimaerwärmung. Eine Mehrwegflasche wird im Unterschied zur Einwegflasche durchschnittlich 42-mal gebraucht. Es verhindert aktiv die Vermüllung der Natur. Ein Pflichtpfand bedeutet auch Tierschutz: Tiere können nicht zwischen Gras und herumliegenden PET-Flaschen oder Dosen unterscheiden und fressen sie. Sie erkranken daran und können sogar verenden. In andern Ländern wie z. B. in Deutschland wurde das Pflichtpfand erfolgreich eingeführt.

## **2. Erwägungen der Kommission**

In der Kommission trifft der Grundsatz der Initiative- die Eindämmung des Littering-Problems- auf Unterstützung. Die Kommission stellt jedoch fest, dass das aktuelle System das Littering schon konsequent einschränkt und hohe Recyclingquoten aufweist: Das UVEK hat im 2011 eine Wiederverwertung von 81% der PET-Flaschen, von 91% der Aluminiumdosen und von 94% der Glasflaschen registriert. Diese Recyclingquoten übertreffen die Quoten anderer europäischer Länder. Die Kommission unterstreicht den limitierten Anteil von Getränkebehältern an den Umfängen des Littering und stellt sich dabei die Frage, welchen Mehrwert die Einführung eines zusätzlichen, auf einem Pfand basierten Recyclingsystems bringen würde. Eine solche Einführung eines parallelen Systems wäre mit hohen Einführungskosten verbunden und könnte das bestehende System schwächen. Die Kommission stellt sich auch die Frage der Funktionstüchtigkeit des Pfandsystems, denn dieses hat seinen Effekt nur, solange Sammelstellen im Moment der Konsumation offen und in der Nähe sind. Nach der Diskussion und Ablehnung zahlreicher parlamentarischer Vorstösse betreffend ein Pfandsystem unterstreicht sie den Mangel an neuen Argumenten, die ein solches System unterstützen würden. Die Mehrheit der Kommission vertraut der aktuellen gesetzlichen Grundlage, wie auch dem runden Tisch Massnahmen gegen Littering", welcher verantwortliche der vom Littering betroffenen Kreise versammelt, um ein gemeinsames Verständnis des Problems zu entwickeln und mögliche Handlungsfelder zu identifizieren. Die Mehrheit der Kommission reicht in Hinsicht des Schlussberichtes dieses runden Tisches, welcher dem Bundesrat dieses Jahr unterbreitet werden soll, mit 16 gegen 8 Stimmen und einer Enthaltung den Antrag ein, der Initiative Gmür keine Folge zu geben. Eine Minderheit der Kommission ist der Meinung, dass angesichts der zunehmenden Abfallmengen und der aktuellen Tendenz zu Einwegbehältern im Getränkesektor Handlungsbedarf im Bereich des Litterings besteht. Sie unterstützt die Initiative des Nationalrats Gmür und setzt somit ein Zeichen zur Bekämpfung dieses Problems in den Städten und auf dem Land.

---